

Bundeswehr noch 2010 aus Afghanistan abziehen!

DIE LINKE hat am 26. Februar 2010 geschlossen gegen die Verlängerung des Kriegseinsatzes und gegen die Truppenaufstockung der Bundeswehr in Afghanistan gestimmt, die mit der Mehrheit von Union, SPD und FDP beschlossen wurden - bei 429 Ja-, 111 Nein-Stimmen und 46 Enthaltungen. **Wie alle Abgeordneten aus Ihrem Bundesland abgestimmt haben, erfahren Sie auf der Rückseite.**

Mehr als acht Jahre dauert der Einsatz der NATO in Afghanistan unter Beteiligung der Bundeswehr an. Immer deutlicher offenbart sich die Grausamkeit des Krieges, den die NATO und die Bundeswehr dort führen - nicht zuletzt durch das Massaker von Kunduz im September 2009, als auf Befehl eines deutschen Oberst bis zu 140 Menschen bei einem Bombardement gezielt getötet wurden. Aber der Bombenangriff von Kunduz ist nur die Spitze des Eisberges. Der Krieg in Afghanistan bedeutet tagtäglich Zerstörung und Sterben. Allein im Jahr 2009 sind laut UNO über 2400 ZivilistInnen bei Kampfhandlungen getötet worden.

Bislang hat der Bundeswehreinsatz die deutschen Steuerzahler über vier Milliarden Euro gekostet. Allein für das Jahr 2010 bewilligt die Bundesregierung für den militärischen Einsatz am Hindukusch erneut 784 Millionen Euro. Diese Gelder fehlen für den Wiederaufbau in Afghanistan. Nach wie vor ist Afghanistan eines der ärmsten Länder der Welt. Viele Afghaninnen und Afghanen haben von der internationalen Unterstützung nichts gesehen. Sie leben immer noch ohne Zugang zu sauberem Wasser, medizinischer Versorgung oder Strom.

Soldaten sind keine Entwicklungshelfer. Die Vermischung von militärischem und zivilem Engagement gefährdet die Arbeit der Entwicklungsorganisationen. Weil man sie als Teil der Besatzung wahrnimmt, werden ihre Mitarbeiter zu

Angriffszielen. Entwicklungsorganisationen selbst lehnen es ab, unter den Schirm der Bundeswehr gestellt zu werden. Afghanistan braucht Hilfe beim zivilen Wiederaufbau und Unterstützung für einen Friedensprozess. Afghanistan benötigt keine Besatzungsarmeen, durch die der Krieg immer weiter eskaliert und die den Weg zum Frieden verbauen. Noch in diesem Jahr muss der letzte Bundeswehrsoldat Afghanistan verlassen haben.

DIE LINKE fordert:

- Deutschland soll umgehend den Abzug der Bundeswehr in die Wege leiten.
- Die Bundesregierung darf keine neuen Truppen zusagen.
- Aufbauhilfe soll nicht an militärstrategischen Erwägungen, sondern am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtet werden.
- Die zivile Aufbauhilfe für Afghanistan muss drastisch erhöht werden - auf das Niveau der heutigen Besatzungskosten.
- Statt die korrupte Karsai-Regierung zu stützen und mit Kriegsverbrechern zusammenzuarbeiten, müssen demokratische Kräfte unterstützt werden.
- Verhandlungen unter Beteiligung aller Kriegsparteien, aller gesellschaftlichen Kräfte und der Nachbarstaaten müssen initiiert werden.
- Im Untersuchungsausschuss zu Kunduz müssen die Lügen und Vertuschungsversuche der Bundesregierung aufgedeckt werden. Die Bundesregierung muss zu ihrer Verantwortung gegenüber den Opfern stehen und öffentlich Trauer bekunden.

DIE LINKE ist die einzige Friedenspartei im Bundestag.

www.linksfraktion.de/2010rausausafghanistan

Vor der Abstimmung über die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO am 26. Februar 2010 gedenken die Mitglieder der Fraktion DIE LINKE still den Opfern des NATO-Bombardements am 4. September 2009 bei Kunduz. Bundestagspräsident Lammert schließt die Abgeordneten daraufhin von der Sitzung aus.



Bundeswehr im Kriegseinsatz

DIE LINKE sagt geschlossen Nein

So haben alle Abgeordneten aus Sachsen-Anhalt am 26. Februar 2010 über die Fortsetzung der Beteiligung der Bundeswehr an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (ISAF) unter Führung der NATO gestimmt:

Jens Ackermann, FDP	JA
Manfred Behrens, CDU	JA
Christoph Bergner, CDU	JA
Heike Brehmer, CDU	JA
Roland Claus, DIE LINKE	NEIN
Rosemarie Hein, DIE LINKE	NEIN
Harald Koch, DIE LINKE	NEIN
Jan Korte, DIE LINKE	NEIN
Katrin Kunert, DIE LINKE	NEIN
Undine Kurth, B90/DIE GRÜNEN	ENTHALTUNG
Burkhard Lischka, SPD	ENTHALTUNG
Cornelia Pieper, FDP	JA
Ulrich Petzold, CDU	JA
Silvia Schmidt, SPD	JA
Petra Sitte, DIE LINKE	NEIN
Dieter Stier, CDU	JA
Waltraud Wolff, SPD	NEIN